

# Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wily. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 0.9 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Albern.

Nr. 117

Donnerstag, den 1. Oktober 1931.

44. Jahrgang

## 2. Tag des Staatsbesuches.

Die französischen Minister beim Reichspräsidenten.

Berlin, 29. September.

Reichspräsident von Hindenburg nahm in seinem Arbeitszimmer den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Laval und des französischen Außenministers Briand, die von dem Botschafter Frankreichs in Berlin Francois-Poncet begleitet waren, entgegen. Der Besuch dauerte zehn Minuten.  
Vor dem Hotel Adlon und in der Wilhelmstraße hatten sich mehrere hundert Personen eingefunden. Die Absprengung der Polizei ging fast verringert worden. Man sah im Unter den Linden verärrtete Polizeistreifen und vor dem Reichspräsidentenpalais ein größeres Polizeiaufgebot. Um 10.45 Uhr fahrten die Minister in ihr Hotel zurück.

### Im Pergamon-Museum.

Laval und Briand sind um 11.30 Uhr in Begleitung des Reichsfanzlers und des Außenministers zum Pergamon-Museum eingeladen, wo sie von Geheimrat Wegob, Geheimrat Friedländer und Professor Kühne empfangen wurden.

### Ausflug nach Gladow.

In Begleitung des Reichsfanzlers, des Außenministers, mehrerer Beamten des Auswärtigen Amtes und Herren aus der Begleitung der französischen Minister machten Laval und Briand am Nachmittag einen Ausflug nach Schloss Briningsinden bei Gladow, wo das Mittagessen eingenommen wurde. Im Anschluss hieran wurden die politischen Unterhaltungen fortgesetzt, an denen allerdings der Reichsfanzler sich nicht mehr beteiligen konnte, weil er auf der Jubiläumstagung der Sparkassenverbände eine Rede halten mußte.

In den Verhandlungen nahm Staatssekretär von Bülow, der französische Botschafter Francois-Poncet und der deutsche Botschafter von Hoch teil. Die Herren trafen gegen 5 Uhr nach Berlin zurück, während der Kaiserpfalz wurde ein Teil der inneren Stadt befestigt, worauf die Herren in ihr Hotel zurückkehrten, wo dann um 6 Uhr abends der große Preßempfang stattfand.

## Abschluß der Besprechungen.

Eine gemeinsame Verlautbarung über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

Mit dem Empfang in der französischen Botschaft ging der Berliner Besuch der französischen Minister zu Ende. Das Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen ist in einem gemeinsamen Communiqué zusammengefaßt, das am Montagabend den Pressevertretern bekanntgegeben wurde. Die amtliche Mitteilung enthält in wesentlichen Angaben über die Einsetzung und Funktionen des künftigen deutsch-französischen Ausschusses sowie über die Gliederung seines Aufgabengebietes, das wirtschaftliche, finanzielle und technische Einzelheiten der Zusammenarbeit umfaßt. Im einzelnen heißt es in dem Bericht:

Die Vertreter der beiden Regierungen haben erneut ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Bemühungen zu vereinen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden.

Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten vermag. Sie sind dementsprechend übereingekommen,

### eine gemischte deutsch-französische Kommission

zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft wie auch der Wirtschaftswissenschaften besteht soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen obliegen. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen.

Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Völker berührenden Wirtschaftsfragen zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren.

Sie wird vor allem die Möglichkeiten prüfen, die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern unteruchen, um die seit dem Inkrafttreten des Handelsvertrages von 1927 gemammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Möglichkeiten suchen. Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihr Vorgehen nicht gegen die Wirtschaft irgendeines anderen Landes richtet.

Sie erklären, daß sie es ablehnen, die Lösung der der Kommission zugewiesenen Fragen etwa in gemeinsamem Bezogen auf dem Gebiet von Zollherabsetzungen zu suchen. Sie werden sich in Einklang mit den allgemeinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise befinden und werden die Mitarbeit anderer Völker in jedem Maße

nachsuchen, wo die Sachlage dies erfordert. So könnte unter anderem die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schifffahrt und Luftverkehr geprüft werden."

### Der Eindruck in Berlin.

„Das Studienkomitee ein Kristallisationskern.“  
Größere Aspekte für die Zusammenarbeit.

Von maßgebender deutscher Seite wird zu dem Communiqué betont, daß die ganzen Besprechungen von der Ueberzeugung beherrscht waren, daß es nicht nur im Interesse der beiden Länder, sondern auch im Interesse Europas und der Weltwirtschaft absolut notwendig sei, zu einer engen Zusammenarbeit zu gelangen. Dieser Notwendigkeit habe sowohl der französische Ministerpräsident als auch der Reichsfanzler verschiedentlich Ausdruck gegeben, und auch die Unterhaltung beim Reichspräsidenten sei von der gleichen Ueberzeugung beherrscht gewesen.

Nach einer eingehenden diplomatischen Vorbereitung hätten die Minister in diesen Tagen eine vertrauensvolle Aussprache geführt und gefunden. Sie sei nicht nur auf die praktische Arbeit, auf die nächsten wirtschaftlichen Fragen beschränkt gewesen, sondern habe sich auch auf die großen politischen Weltprobleme erstreckt. Auf diesem weiteren Gebiet ließe sich allerdings noch nicht gefaßt werden, vielmehr konzentrierten sich die Besprechungen schließlich auf die Einsetzung des deutsch-französischen Komitees.

Das Komitee wird aus hohen Beamten der beiden Regierungen zusammengesetzt und je nach den aktuellen Aufgaben durch berufene Vertreter der Wirtschaft ergänzt werden. An der Spitze des Komitees steht immer einer der beiden Außenminister, wobei das Kommando in Berlin fast der deutsche, wenn es in Paris arbeiter, der französische. Es wird beauftragt, daß auch die Erweiterungen zu dieser Verhandlungsarbeit hinzugezogen werden sollen.

Die Aufgabe des Komitees ist, so meint man in deutschen Regierungskreisen, naturgemäß zunächst die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder weiter zu vertiefen. Neben den wirtschaftlichen Aufgaben könnten sich aber noch weit größere Aspekte für die deutsch-französische Zusammenarbeit überhaupt aus dem Komitee entwickeln. Hier werde ein Instrument geschaffen, das dazu dienen soll, die deutsch-französischen Beziehungen auf eine ganz andere Basis zu stellen. An diesen Kristallisationskern könne sich später vielleicht noch viel mehr anschließen.

Schließlich wird von unternichteter Seite noch betont, daß von diesem Besuch eine klare Entspannung in den Beziehungen der beiden Völker ausgehen werde. Die französischen und die deutschen Minister hätten jedenfalls beschlossen, auf diesem Wege weiter fortzuschreiten.

Zunächst wird je Mitte Oktober das Komitee seine Arbeiten aufnehmen.

Von unternichteter Seite wird bekräftigt, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit sich auch auf die koloniale Gebiete erstrecken soll. Darüber sei in den Berliner Unterhaltungen bereits eingehend verhandelt worden. Die Prüfung in einzelnen wird Aufgabe des Komitees sein.

## Paris ist zufrieden.

Günstige Aufnahme der Berliner Besprechungen.

Paris, 30. September.

Der aus den Berliner Verhandlungen von der Pariser Presse genommene Eindruck ist, daß eine für die Verständigungsarbeit günstige Atmosphäre geschaffen wurde. Die offizielle Untandigung über die Schaffung eines künftigen deutsch-französischen Wirtschaftskomitees findet gute Aufnahme.

Man will die Bedeutung einer derartigen Organisation nicht übertreiben, da die politischen Fragen ihrem Aufgabenkreis entzogen sind, aber auch nicht unterschätzen. Sämtliche Wähler trübten an, daß Ministerpräsident Laval die französischen Kommunisten ablehnt hätte, in zehn Tagen ernannt haben werde. Der Besuch der französischen Minister bei Reichspräsident von Hindenburg wird als Zeichen der Entspannung besonders hervorgehoben.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas erklärt, der Berliner Besuch der französischen Minister werde ein wichtiges Ereignis darstellen, nicht nur, weil er mit einer Erholung freiwilliger Isolierung, die zwischen den beiden Regierungen nur zu lange gedauert habe, bricht, sondern auch, weil er sicher in Zukunft die Beziehungen zwischen beiden Ländern erleichtern dürfte. Er stelle eine neue Etappe auf dem Wege der Annäherung dar.

Der Empfang des französischen Ministerpräsidenten und des Außenministers bei Reichspräsident von Hindenburg werde von ganz Deutschland in diesem Sinne aufgefaßt werden, da Marshall Hindenburg das Einheitsymbol sämtlicher Wehrkreise sei.

Diese Antizipation ist der Ausgangspunkt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, und ganz Frankreich möchte einmütig ihren Erfolg, namentlich, wenn sie den Weg für die politische Verständigung vorbereiten sollte, die letzten Endes für beide Nachbarvölker wie für die gesamte Welt unerlässlich sei.

Selbstverständlich werde die eingeleitete Kommission nicht die Reparations- und Kreditfragen zu behandeln haben, da diese Probleme nicht nur Frankreich und Deutschland an-

gingen. Ihre Prüfung werde weiter Sache der Regierungen sein.

## Keine politischen Erörterungen.

Berlin, 30. September.

Von unternichteter Seite wird über die bei den Besprechungen mit Laval und Briand erfolgte Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees mitgeteilt, daß die Organisation dieses Komitees in einzelnen noch nicht festgestellt worden ist. Wenn in einem Teil der Presse Nam genannt werden, so können diese Namen nicht als autoritativ bezeichnet werden. Auch in materieller Hinsicht sind in der Presse keine irrtümliche Darstellungen über das deutsch-französische Wirtschaftskomitee und die vorbereiteten Besprechungen im Ablauf.

Bei den Besprechungen sind politische Fragen völlig ausgeschlossen worden. Auch die Reparationsfrage ist nicht erörtert worden, ebenso wenig die Frage der Außenwechsel.

## Die Flucht vor dem Gold.

Stockholm, 29. September.

Die Regierung hat auf Antrag der Reichshubenerverwaltung der Reichsbank die Genehmigung erteilt, für die Zeit vom 28. September bis 30. November den Goldstandard zu suspendieren. Wenn die Verschärfung es erlauben, kann die Bank schon früher zur Goldparität zurückkehren.

Die norwegische und die dänische Regierung haben die vorübergehende Aufhebung des Goldstandards verfügt und die Ausfuhr von Gold verboten.

Kopenhagen, 30. September.

Ministerpräsident Stauning hat folgende Erklärung über die Valutaerhebungen der Regierung abgegeben.

Nachdem die Reichsbanken und die Regierungen von Schweden und Norwegen am Sonntagabend beschließen hatten, die Pflicht der Einlösung der Goldscheine mit Gold aufzuheben, war es einleuchtend, daß Dänemark keine Valutapolitik nicht in der Richtung fortsetzen konnte, die in den ersten Tagen nach den Ereignissen in London einzuschlagen war.

Die Nationalbank richtete ein Ersuchen an die Regierung, von der Pflicht der Goldbeinlösung befreit zu werden. Die Regierung hat beschließen, vorzuschlagen, daß dem Wunsch der Nationalbank durch ein besonderes Gesetz entgegenwird.

Die Gesetzesvorlage ist dem Reichstag vorgelegt und genehmigt worden.

## „Es gibt keine Inflation!“

Brüning auf der Tagung des Sparkassenverbandes.

Berlin, 29. September.

Auf der Tagung des Sparkassenverbandes hielt Reichsfanzler Dr. Brüning eine Rede, in der er u. a. ausführte:

### Die Währung

muß in Deutschland unversehrt erhalten bleiben. Kein Volk, das, wie das deutsche, das furchtbare Erleben einer solchen Inflation über sich ergehen lassen mußte, wird es erneut ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unsicherheit und Angst erneut dem Vertrauen auf den Bestand von Sparvermögen und Ersparnissen ein Stoß veretzt. Die Regierung wird darum im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestande zu schützen.

### Ein armes Land muß billig sein.

Wenn es gelingt, Ansprüche und Preise in dieser Richtung zu orientieren, dann werden auf solcher Basis Wirkungen erzielt, wie sie durch eine Verschlechterung des Währungswertes nur vorübergehend möglich wären.

Die eingeleiteten Regierungsmaßnahmen lassen erkennen, daß eine jede den Interessen der Spater widersprechende Vergütung zwischen den öffentlichen Finanzen und den Sparkassen ausgeschlossen bleiben soll. Wenn von Zeit zu Zeit Gerüchte aufstehen, daß Sparkassabanken beschlag nahmt würden, so sind sie völlig unbegründet.

### Strenge Aufrechterhaltung der Goldwährung.

Im weiteren Verlauf der Jubiläumstagung der Sparkassen unterrichtete Reichsbankpräsident Dr. Luther nochmals die Ausführungen des Reichsfanzlers, wobei er ausführte: „eine kontrollierte Inflation kann es für Deutschland nicht geben, und deshalb weise ich es weit von mir, durch Inflation den deutschen Spater um sein Kapital zu bringen.“ Da Deutschland dem Ausland ferner vorwiegend auf der Gold- oder Dollerbasis verhandelt sei, würde aus einer Abwertung der Mark keine Erleichterung, sondern gerade eine Erhöhung des Schuldendienstes bringen. Das Festhalten an der Goldwährung bewahre Deutschland vor unübersehbaren Schwierigkeiten und stärke den Kredit.

## Der Weg zur Geldung.

Forderungen der deutschen Wirtschaft.

Berlin, 30. September.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat gemeinsam mit den übrigen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft dem Reichsfanzler und Reichsministern, den

Ministerpräsidenten der deutschen Länder sowie dem Reichsbankpräsidenten und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine Erklärung übergeben mit dem Hinweis, daß sich die deutsche Wirtschaft offen und rüchhaltig zum

#### Individualisierten Wirtschaftssystem

bekennen müßte. U. a. werden folgende Forderungen aufgestellt: Ein weiterer umfangreicher Aufgaben- und Ausgabenabbau in der gesamten öffentlichen Hand, Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, Senkung der sozialen Abgaben und der Tarife der Reichspost und Reichsbahn, endgültige Beilegung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch im Wohnungswesen. Ferner sei es eine grundlegende Notwendigkeit, die Währung gesund zu erhalten. Für die Privatwirtschaft sei eine Ausweitung des Kreditinstruments dringend erforderlich. In der Handelspolitik müsse eine Linie verfolgt werden die der Aufrechterhaltung und Erweiterung der deutschen Ausfuhr ebenso Rechnung trage wie der Aufrechterhaltung und Erweiterung des Binnenmarktes.

Die Erklärung schließt damit, daß die staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands abhängig von dem freistehenden Grundgesetz der von den leistungsfähigen Kräften der Einzelproduktionsbetriebe und des Arbeitnehmers getragenen Privatwirtschaft und dem bindenden Grundgesetz der nationalen Idee und der nationalpolitischen Verantwortung.

### Steuerfreie Reichsbahnanteile.

Auslegung am 1. Oktober.

Berlin, 30. September.

Zur Durchführung der Bestimmungen des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19. September 1931 wird von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die 4 1/2-prozentige steuerfreie Reichsbahnanteile 1931 zum Kennzettel angeboten.

Die Anteile sind in Stückn von 100, 500, 1000 und 5000 Goldmark ausgesetzt. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 1/2790 Feingold. Dieser Gegenwert wird bei den Zinszahlungen und bei der Einlösung der verlosteten Stücke errechnet unter Zugrundelegung des Londoner Goldpreises des 15. des der fälligkeit vorangehenden Monats. Die Umrechnung in die deutsche Währung erfolgt zum Mittelkurs der amtlichen Devisennotierung für Auszahlung London des gleichen Tages.

Die Anteile sind vom 1. Oktober 1931 mit jährlich 4 1/2 v. H. verzinst. Zeichnungen werden angenommen, a) bei denjenigen Reichsbahnstellen, die von den zuständigen Reichsbahndirektoren als Zeichnungsbefugte bestimmt werden, b) bei allen Reichsbahnstellen, c) bei bestimmten Banken in Berlin und in 27 anderen deutschen Städten.

### Amerikanischer Bankentrug.

Newport, 30. September.

In Philadelphia hat die Northern Central Trust Co., die fünf Zweigstellen unterhält und über zehnte Millionen Dollar Depositionen verfügt, ihre Zahlungen eingestellt, ferner die Miles Trust Co. in Miles (Ohio) mit Depositionen von 2 400 000 Dollar, die Glahboro Title Trust Co. in Glahboro (New Jersey), die First National Bank in Fort Smith (Arkansas) und die City Central Bank Trust Co. in San Antonio (Texas).

### Deutsche Tageschau.

Regierungspräsident von Harnack verurteilt.

Das Amtsgericht Halle verurteilte den Reichsregierungspräsidenten Ernst von Harnack zu 100 RM Geldstrafe bzw. 10 Tagen Haft wegen Beleidigung des zweiten Bundesführers des Stahlheims, Oberleutnant a. D. Duesterer. Regierungspräsident von Harnack hatte im Januar dieses Jahres bei einer Verammlung in Halle zur Bekämpfung des Volksaberglaubens in einer Rede Oberleutnant Duesterer als „kaubehingigen Stahlheimwölfe“ bezeichnet und ihn mit einem „kleinen Pfirscher“ verglichen, der dem Kronblatt (Severing) gegenüberstehe.

#### Protest der Berufsschullehrer.

Der Vorstand des Reichsvereins der hauptamtlichen Lehrerschulen deutscher Schulen und die Vorstände der im anglo-amerikanischen Bundesvereine sitzen in einer Sitzung in Einzelmeinung einstimmig eine Entschließung, in der gegen die in den Notverordnungen enthaltenen besonderen Härten gegenüber der deutschen Berufsschullehrerschaft Einspruch erhoben wird. Die Einsparungen durch Herabsetzung der Wochenstundenzahl, Erhöhung der Klassenstärken, Zusammenlegung von Klassen verschiedener Berufsschulen, teilweise Aufhebung der Berufsschulpflicht, Einschränkung des freizeithilflichen Unterrichts usw. bedeuten einen Abbau an der Berufsschule, der für die berufliche Ausbildung und die staatsbürgerliche Erziehung der wertvollsten Jugend gerade in der jetzigen Zeit verhängnisvoll werden müßte. Von den zukünftigen Volksvertretungen wird erwartet, daß diese bei den Regierungen auf Abänderung der ergangenen Notverordnungen drängen.

### Auslands-Rundschau.

**Befehlshaber der englischen Atlantik-Flotte verabschiedet.**  
Der Erste Lord der Admiralität, Sir Rufus Spender, gab im englischen Unterhaus bekannt, daß der Befehlshaber der Atlantik-Flotte, Admiral Sir Michael Hodge, aus Gesundheitsrücksichten um Entlassung von seiner Stellung gebeten hat. Der König hat daraufhin den Admiral Sir John Kelly zum Befehlshaber der Atlantik-Flotte ernannt. Auf der Atlantikflotte hatte sich bekanntlich kürzlich die große Völkervereinigung ereignet.

#### Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Krankenkassen.

Vertreter der größten landwirtschaftlichen Krankenkassenverbände aus dem Deutschen Reich, Dänemark und der Tischgenossenschaft haben in Karlsruhe eine internationale Arbeitsgemeinschaft der landwirtschaftlichen Krankenkassen gegründet. Zum Vorsitzenden dieser internationalen Arbeitsgemeinschaft wurde der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Landbesitzerfamilien, Freiherr von Alshöfer, Deutschland, gewählt.

#### Kleine politische Meldungen.

**Bortrag** beim Reichstag der Reichspräsident. Der Reichspräsident empfing den Reichstagsler Dr. Brüning zum Bericht über den Stand der Arbeiten der Reichsregierung.

Die Suspendierung der Goldwährung in Dänemark. Der dänische Reichstag hat dem Gelegenheitsgesetz zur Suspendierung der Goldwährung für den Zeitraum bis zum 30. November 1931 endgültig angenommen. Das Gesetz tritt unverzüglich in Kraft.

**Blutige Zusammenstöße bei Salamanca.** In einer Ortschaft bei Salamanca (Spanien) hat es zu schweren Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Landarbeitern. Hierbei wurden zwei Demonstranten getötet und viele andere verletzt. Die gesamte Arbeiterschaft der Gegend plant den Generalstreik.



Hindenburg 84 Jahre alt.  
Am 2. Oktober begeht Reichspräsident von Hindenburg seinen 84. Geburtstag.

### Aus der Umgebung

Neuro, 30. September.

**Es ist Herbst geworden.** So sehr wir daran in diesem Jahre gewarnt haben, daß der Sommer noch einmal kommen sollte, schließlich ist es doch so weit gekommen, daß der Herbst seinen Einzug hält. Schon verfährt sich das Laub auf den Bäumen. Die Färbung sind fast. Bald wird man es auch an den immer früher werdenden Tagen merken, daß es auch eine Rückkehr des Sommers nicht mehr zu denken ist. Herbstzeit ist frohe Zeit. Überall klingt es wieder von frohen Ernteliedern. Die Arbeit des Jahres ist getan, es ist Zeit zum Feiern. Der Herbst hat freilich noch eine andere Bedeutung. Er wendet sich besonders an die Menschen, die den Höhepunkt ihres Lebens bereits hinter sich haben und sich auf die Wanderung in das Tal vorbereiten. Jenseits von Frucht und Reife liegt gleich der Tod. Ist es da nicht wie ein Gleichnis, wenn der Herbst ins Land kommt und die Menschheit daran erinnert, daß auch sie — jeder zu seiner Stunde — einmal den Augenblick der Reife erreicht, um dann zurückzuführen und allmählich dem Tode entgegenzugehen? Wer dem Christentum hier auf diese Frage eine Antwort sucht, weiß allerdings, daß der Tod weder in der Natur noch im Menschenleben etwas Endgültiges ist. Es ist uns bestimmt, durch dieses Tor hindurch zu gehen, um zu neuem Leben und neuer Kraft zu gelangen.

**Deffentliche Stadverordnetenversammlung.** Von 14 Stadverordneten waren 10 anwesend, die vier fehlenden waren entschuldigt. Die kommunalpolitischen Mitglieder der Versammlung beantragten die dringliche Verhandlung von fünf aufgestellten Punkten. Da die Mietsanglegenheit des Flachwohnhauses schon zur Verhandlung stand und für die anderen Anträge nur der Magistrat, die Polizeiverwaltung oder die Regierung zuständig ist, wurde die Dringlichkeit mit 6 gegen 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt und der Antrag dem 25. und 28. Juni und am 25. August wiederum die Ratien in Ordnung gelassen. Die Sanitätsverordnung ergab 3760 RM. gegen 1249 im Vorjahre, also ein Mehr von 2511 RM. Die Kirchenschatz betrug 3112 RM. Das ganze Obf erbrachte der Stadt also eine Einnahme von 6872 RM. Die Veranschlagung der künftigen Wahlen sollte laut Etat 2500 RM. ergeben. Es kamen aber nur 2432.15 RM. ein, also 67.85 RM. weniger als veranschlagt worden war. Der Fahrplan der Plan wurde in Pargellen für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933 verpackt und bringt einen jährlichen Verlust von 278.50 RM. Der Veranschlagung liegt die Stadtparkestatistik nach Gewinn- und Verlustrechnung für 1930 vor. Sie wird einstimmig genehmigt und dem Rentanten unter Entlassung erteilt. Ebenfalls kommt ein einstimmiger Beschluß über den Beitritt zum Rommunden Revisionsauschuß für die Provinz Sachsen und Anhalt zustande. Der nächste Punkt, Antrag auf Ermäßigung des Kaufpreises für den bisherigen Sanitätsauschulungskarten kommt nicht zur Verhandlung, da Densitz Zimmermann seinen Kaufvertrag zurückgezogen hat. Mit neun Stimmen bei einer Enthaltung wird die Auszahlung der Reifordierung für den Bau des Flachwohnhauses abgelehnt. Der Antrag des Schreibergartenvereins auf Ermäßigung der einteiligen Pacht um 2,50 M. wird widerwärtig genehmigt. Darauf folgt eine geschlossene Sitzung.

**Bortrag.** Wir werten an dieser Stelle noch einmal auf den am morgigen Freitagabend im Schützenhaus stattfindenden Vortrag über die Vorteile des Herbstfrühs „Mabag“ hin. Die Vorteile und Annehmlichkeiten dieses neuen Herbst sind geradezu verblüffend. Nicht nur die Hausfrau, mehr noch die Hausknecht, wenn es interressiert, wenn die Roderei für die Frau leichter, für den Mann dagegen billiger wird. — Da der Vortrag im Rahmen einer praktischen Vorführung des neuartigen Herbst sich bewegt, kann sich jeder Besucher von der Wahrheit des Gesagten an Ort und Stelle überzeugen.

**Vermißt wird seit Freitagabend** der in der Grabenmühlstraße wohnhafte 66jährige Schleusenwärter Gustav Bloch. Trotz eifriger Suchens konnte bisher keine Spur von dem Vermißten gefunden werden. Es darf wohl angenommen werden, daß ihm ein Unfall zugefallen ist.

**— Jungenspiele auf dem Lande.** Wenn die langen Winterabende kommen, überlegt man sich auf dem Lande, ob es nicht möglich ist, die idyllentafelige Jugend zu besonderen Vereinen zusammenzufassen oder doch wenigstens in bestimmten Zeitabständen zu Unterhaltungs- und Arbeitsabenden zu sammeln. Soweit die weibliche Jugend in Frage kommt, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Sehr gute Erfahrungen werden immer mit planmäßiger Unterweisung in der Säuglingspflege gemacht. Im übrigen ist es sehr zu begrüßen, wenn eine Frau- oder Gutsfrau die jungen Mädchen am Sonntag Nachmittag einlädt und mit ihnen jugendliche Unterhaltung pflegt. Wo allem kommt man sich durch gemeinsames Singen nahe. Außerdem besteht Gelegenheit zum Erzählen und Rätseln auszuüben. Das es in der Jugend- und Weibchenszeit eine frohliche Feier gibt, versteht sich von selbst.

**— Gutsheine Watt Bargeld.** Der Gutsheine-Soziale Preisverband für die Provinz Sachsen weiß darauf hin, daß der Herbstpreisverband Sachsen-Anhalt Gutsheine zu 2, 5 und 10 Pfennigen herausgebracht hat, die in den Herbstern zur Heimat an Zahlungsbefähigung entgegenkommen werden. Mittellose Wanderer erhalten dagegen Unterkunft und alkoholfreie Verpflegung. Es ist deshalb zu empfehlen, daß sich Haushaltungen, die oft von Weistellern angegangen werden, mit diesen Scheinen versehen, um sie zu gegebener Zeit verschicken zu können. Dem Wetterarmen, das sich gerade in den Wintermonaten besonders auszubehalten pflegt, wird auf diese Weise geholfen und zugleich wirtschaftlich gelindert.

**Wie die Winterhilfe arbeitet?** In einer ganzen Reihe mitteldeutscher Dörfer haben sich in den letzten Tagen Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen öffentliche und private Stellen zusammenarbeiten, um der Not des kommenden Winters zu wehren. Wichtig wie im vorigen Jahre werden Kleider und Schuhe gesammelt, um sie an die Bedürftigen und Armen weiterzugeben. Außerdem werden Volkskassen eingerichtet, in denen für billiges Geld kräftiges Essen zu haben ist. Im übrigen wird natürlich immer auch Geld gebraucht, damit in dringenden Notfällen mit Unterhaltungen eingegriffen werden kann. An Hilfsbereitschaft fehlt es nirgends. Hoffentlich entsprechen dieser Bereitschaft die Ergebnisse der geplanten Sammlungen.

**— Ackerpächte und Pflanzengeld.** Von Pflanzern auf dem Lande wird in steigendem Maße darüber geflagt, daß Pächter kirchlicher Ländereien mit ihren Zahlungen im Rückstand bleiben. Es ist vorgekommen, daß Pächter wochenlang in ihren Familien ohne Geldmittel gewesen sind und nicht in der Lage waren, ihre geldlichen Verpflichtungen zu erfüllen, da Bankrottbesitz nicht befreit werden konnten. Es liegt auf der Hand — so schreibt Pf. Starl im kirchlichen Amtsblatt —, daß durch denartige Verhältnisse das Ansehen des Pflanzers schwer beeinträchtigt wird. Zuerst und vor allen Dingen gilt es, reifliche Aufklärung darüber zu schaffen, daß Ackerpächter und Pflanzergeld keineswegs identisch sind. Nicht der Pächter, sondern der Gemeindefiskus ist schuldig die Pachtverträge mit den einzelnen Pächtern ab, und dieser hat daher auch die unerlässliche Pflicht, für die pünktliche Einziehung der Pächte zu sorgen. Wenn also, wie das heute noch weithin üblich ist, die Pächte an den Pächter gezahlt werden, so ist der Pächter lediglich der Beauftragte des Gemeindefiskus. Um Anstimmigkeiten zu vermeiden, die sich vielfach sehr nachteilig auf das Gemeinwesen auswirken, empfiehlt es sich deshalb, daß nicht der Pächter, sondern irgendeine andere Person, die dem Gemeindefiskus mit einem festem Betrag bestellt wird, die Pachtentgelte einzieht. Wichtig ist ferner die Tatsache, daß die Einnahmen eines Landpflanzers keineswegs von der Höhe der eingehenden Ackerpächte abhängig sind. Es kann also keine Rede davon sein, daß der Pächter persönlich interressiert ist. Wohl aber bedeutet es eine empfindliche Schädigung der Kirche und der gesamten kirchlichen Arbeit, wenn kirchliche Ackerpächter mit ihren Zahlungen im Rückstand bleiben. Aus diesem Grund geht man jetzt immer mehr dazu über, das ganze Einziehungswesen bei den Pächtern neu zu überprüfen. Sehr begrüßlich ist der Wunsch, daß sich mehrere Kirchengemeinden, vielleicht sogar ganze Kirchentrefte, zusammenschließen, um die Einziehung einheitlich zu gestalten. In Thüringen ist man sogar noch einen Schritt weitergegangen. Dort gibt es eine einzige große Landesmission, an die sämtliche Einkünfte aus kirchlichem Acker abgeführt und aus der alle kirchlichen Gebälter gezahlt werden.

**Höfchen a. L.** An der Klosterküche und der Höfchen Privatökule haben heute die Herbstferien begonnen. Der Schlußtag an diesen beiden Schulen liegt diesmal etwas früher als der allgemeine Ferienbeginn, da die ausgefallenen Pfingstferien auf die Herbst- und Weihnachtsferien verteilt werden. Der Unterricht beginnt wieder am 20. Oktober.

**— Nachträgliches zur Kirme.** Anlässlich von der Kirme der Kirme mittels der kleinen Gasluftballons mit angebundener Postkarte wurde aus dieses Mal in größerer Anzahl hochgelacht. Da wir an beiden Tagen Wind aus Westen hatten, wurden die Ballons gen Osten getrieben. Eine der an ihnen befestigten Karte kam jetzt mit dem Vermerk: „Famdot Hoce Benath (bei Jung-Binglen, Böhmen) an den Pfirscher gerud.“ Der kleine Ballon hat somit eine recht anspruchsvolle Strecke zurückgelegt, denn er muß Sachsen, das Erzgebirge überqueren und ein ganzes Stück nach Böhmen hineinsegeln sein, wo ihm dann der „Betriebsstoff“ ausgegangen ist. Der „Kirche findet“ ist wohl ein Deutschböhme gewesen, denn seine Aufzeichnungen auf der Karte sind in deutscher Sprache gemacht.

**Wische, 28. Sept.** [vom Herbstfest] Aitterser Leib wurde die kleine Familie Rädermeier Doktor Rämpfer gestern früh heimkehr, als man den lohnungsbeholden Sohn Gerhard morgens tot im Bett vorfand. Ein Verstoß hatte dem jungen Mann, der erst im 24. Lebensjahre steht und der vor kurzem seine Wehrprüfung im Pächterhandwerk mit Erfolg abgelegt hatte, ein jähes Ende gesetzt. Man bringt der Familie die allgemeine Teilnahme entgegen.

**— Gehen.** Am Sonnabendmittag brachte der Friedhofswärter und Arbeiter Paul Weiermann von hier gesammelte Kastanien auf das Kaufstier Rittergut. Dort liegt er mit dem schweren Sack eine steile Treppe empor, um den Inhalt auf den Boden zu schütten. Raum hatte der 47jährige Mann die Last vom Rücken genommen, da fiel er stützens dem dahinstehenden Gutsinspektor als lebloser Körper in die Arme. Ein Herzschlag war die Ursache des schnellen Todes. Der bedauernswerten Ehefrau bringen die hiesigen Einwohner allgemeine Teilnahme entgegen. Von den 9 hinterlassenen Kindern ist das älteste 21, das jüngste 3 Jahre alt, 4 Kinder sind noch schulpflichtig.

**Artern.** Nach einer nahezu 27jährigen legendären Wirksamkeit in unserer Kirchengemeinde rief Herr Harter Duermeyer mit dem 1. Oktober d. J. in den Ruhestand. Die Verabschiedung von seiner Gemeinde erfolgt am kommenden Sonntag, den 4. Oktober. Der nach so langer Amtszeit in den Ruhestand tretende treue Diener Gottes hat während seiner Wirksamkeit in unserer Gemeinde durch die Lauterkeit seines Wandels immer als Vorbild zu fasten gedient. Seine von der Kanzel gesprochenen Worte trugen gleich brechenden Samenfrucht gute Frucht bei den andächtigen Zuhörern, und sicherlich wird die Gemeinde ihrem scheidenden Seelenhirt immer ein ehrendes Andenken bewahren.

**Laucha.** Die hiesige Zuderfabrik beginnt mit der diesjährigen Campagne am Donnerstag, dem 8. Oktober. Zunächst wird nur die Rübenblättereinrichtung in Angriff genommen. Durch die Neueinrichtung von etwa 200 Arbeitern, die hauptsächlich aus dem Heer der Arbeitslosen stammen, wird für die Dauer der Campagne eine fastläufige Entlastung der Arbeitslosen-Fürsorge eintreten.

**Freysburg.** [75 Jahre Holz- und Forstler.] Am 24. September 1858 wurde die hiesige Schulleiterin von Holz und Forstler von Julius Holz, Karl Forstler und Ferdinand Knabe, den Vätern der jetzigen Forstler geadelt. Schon vorher war Weinhandlung betrieben worden. Das Anfangs in kleinem Maße betriebene Unternehmen, das zunächst in den künstlich erworbenen Gebieten der hiesigen „Alten-Schuppen-Fabrik“ arbeitete, wuchs bald über die beschränkten Betriebsräume hinaus. Zunächst wurden nur hiesige Weine verarbeitet, allein das Anwachsen der zu verarbeitenden Mengen und der Ausfall des einheimischen Weinbaus machten es notwendig, bald später, wie auch heute noch, die Weine hauptsächlich vom Rhein, von der Mosel und aus Frankreich bezogen werden zu müssen. Nach dem Siege von 1870/71, bei dem Deutschen ein verklärtes Nationalbewusstsein brachte, stieg die Nachfrage, begünstigt durch hohe Einfuhrzölle auf ausländischen Schaumweine, derartig, daß man im Jahre 1881 die notwendigen Keller und Gebäude in großzügigem Ausmaße anlegen mußte. 1889 war der Bau beendet. Die Produktion nahm riesige Ausmaße an, der Absatz erforderte sich über die ganze Welt. Welcher Deutschen kannte wohl die Marke „Hofschuppen“ nicht. Der Welttrieb, der fürstliche Frieden mit seinen Folgen, wie das deutsche Volk mehr und mehr verarmen lassen, haben zwar gelegentlich den Absatz zurückgehen lassen, Wirtschaftskrisis und die Preisrückgänge, verschiedene Länder kürzten den Export ein. So ist der 75. Jahrestag zum Ende der Firma, die einst das Stadtschloß in Freysburg, heute die Schloßstraße in Freysburg um einen Grad bestärker macht, fall und erst mit jeder andern Tag der heutigen Zeit vorüberzugehen. Nur Angestellten und Arbeiterstaffel beschäftigen ihre Firma.

**Naumburg.** Aus der Straßenbahn gestürzt und schwer verletzt wurde ein Zeilungsbote. Er lehnte sich auf dem Trottoir vorüber, fuhr nicht heraus, daß er gegen einen am Wege sitzenden Zeilungsboten geschleudert und von der Straßenbahn heruntergerollt wurde.

**Naumburg.** Die Obermischlung des Verbandes Sachse-Anhalt der Freizeiter und Berednermacher vor verbunden mit der 50-Jahr-Feier der Freizeitervereinigung Naumburg a. d. Saale. Von den Beschäftigten ist zu erwähnen, daß eine Interessengemeinschaft der Tarifkommissionen des Freizeitergewerbes für Mitteldeutschland gebildet werden soll, um möglichst einheitliche Tarife für das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet zu schaffen.

**Halle.** Auf einer Sitzung des Vorstandes des Sängerbundes an der Saale berichtete der Bundesvorsitzende über die Vorbereitungen für das 1932 geordnete Mitteldeutsche Sängertreffen in Halle. Der Aufruf an die mitteldeutschen Komponisten hat danach einen erfreulichen Erfolg gehabt. Bisher sind bereits 75 Kompositionen eingegangen, darunter 23 für gemischten Chor.

**Halle.** Die Berliner Kriminalpolizei nahm den 16-jährigen Sohn einer halloischen Familie fest, da er sich in der Reichspoststadt hochgradig betäubt und einer ganzen Reihe Diebstähle in Personien heimlich gemacht hatte. Von zu Hause war er vor die Wachen abgeholt, und im Zelle zu befragen. Er ist es jedoch vor, nach Berlin zu reisen, wo er sich mit einem 16-jährigen Mann zusammenfand. Der Komplize wurde ebenfalls festgenommen.

**Weimar.** Das Thüringische Volksbildungsministerium und das Innenministerium zogen gemäß einem vom Landtag bei der Beratung des Haushaltsplanes 1931 gefassten Beschlusse die Befähigung vom 5. April 1930. Wieder die Negativkultur, für deutsches Volkstum zurück. Die Verpflichtung der Polizeibehörden, die Stillschließung gefährdender Auswüchse auf dem in der Befähigung geseichneten Gebiete mit den geltenden zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, bleibt unberührt.

**Erfurt.** Vor dem Erfurter Schwurgericht standen am Montag die Gebrüder Frickler als Eigentümer bei Mißhausen (Thür.) wegen Brandstiftung. Im seinem Bruder, dem Handelsmann Christoph Frickler, die Verleumdungslumme von 24 500 Mark zu verurteilen, ließ der Gemeinbediener Alfred Frickler nach seinem nachlässigen Rundgang in das Haus seines Bruders und legte an zwei wichtigen Stellen Feuer an. Das Schwurgericht verurteilte Christoph Frickler wegen Anstiftung zur Brandstiftung und Verleumdungsbetrug zu zwei Jahren, seinen Bruder Alfred zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus.

**Erfurt.** Dienstag nachmittag hängte sich der fünfjährige Fröhlich an ein Auto. Als er an der Ecke Auen-Altehrstraße wieder abprallte, kam er zu Fall und wurde von einem unmittelbar folgenden Fahrzeug überfahren und sofort getötet.

**Erfurt.** Am Regierungsbezirk Erfurt wird der Mißbrauch weiblicher Reichsfahrer für die Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 1931 freigegeben. Am nächsten wird die Schenke für Reichsfahrer auf das ganze Jahr 1931 ausgeschrieben.

**Bad Dürrenberg.** Durch Gas betäubt wurden eine hochbetagte Schneidermeisterin und ihre Schwester in ihrer Wohnung aufgefunden. Die Wiederbelebungsvorkehrungen hatten Erfolg, beide Frauen konnten in das Leben zurückgerufen werden. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen Unglücksfall oder Selbstmordversuch handelt.

**Leipzig.** Der Reichsführer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der ursprünglich in Leipzig stattfinden sollte, fiel nunmehr am 18. Oktober in Braunschweig abgehalten werden. Auch Adolf Hitler soll daran teilnehmen. An diesem Tage ist hier ein großer Aufmarsch der Nationalsozialisten vorgesehen.

**Leipzig.** Am 7. Oktober sind 100 Jahre verfallen, seitdem das Leipziger Gewerbeausstellungswesen seinen Anfang nahm. Von einer besonderen Feier aus diesem Anlaß haben die hiesigen Körperkassen wegen der Nähe der Zeit abgesehen. Jedoch haben das Stadtgeschichtliche Museum und die Stadtbibliothek mit Unterstützung des Staatsarchivs unter dem Titel „Das Leipziger Stadtworterbuch“ am 10. Oktober und heute eine Sonderausstellung in der Stadtbibliothek, die am Sonntag mittags im schreibenden Saal an. Das Schwurgericht verurteilte Christoph Frickler wegen Anstiftung zur Brandstiftung und Verleumdungsbetrug zu zwei Jahren, seinen Bruder Alfred zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus.

**Orlishausen.** Beim Verladen von Waren wurde ein Händler in Orlishausen einen Kopf mit circa hundert Eiern neben seinen Kraftwagen gestellt. Auf dem Wagen befand sich Geflügel, das die Angriffsliste eines Schäferschutzes zeigte.

Der Hund sprang auf den Wagen, wobei ihm der Eierkorb hinfiel. Am Fuße hatte der Kopf einen Puff bekommen und die Eier purzelten auf die Straße und verstreuten sich zusehends in Räuberei. Als der Schäfer des Hundes zur Rede gestellt wurde, wurde er dem Geflügel gegenüber noch ausfällig.

**Mädlenberg.** In der Nacht wurde im Klein-Leipziger Grubenbetrieb der Braunkohle- und Bräun-Industrie U. G. (Bubing) der 40 Jahre alte Streckenarbeiter Schott von einem Grubenzug überfahren und getötet. Schott hatte beim Passieren der Gleise das Herantommen des Zuges, der sich gerade mit einem anderen kreuzte, nicht bemerkt. Der Getötete hinterließ Frau und vier Kinder.

**Stahlfakt.** Von der Braunkohle wurde zum 7. Oktober weiteren 300 Arbeitern des Berg-Schichtes und der Ackerbauschicht gemündigt. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen auf 4 776 gestiegen.

**Cardorf (Kr. Bernburg).** Vor einiger Zeit wurde, wie gemeldet, ein 17 Jahre alter Mädchen entführt, das zu einem hier gastierenden kleinen Wandergesangschor gehörte. Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, den Aufenthaltsort des Mädchens ausfindig zu machen und es wieder seinen Eltern zuzuführen. Der Entführer, ein 23-jähriger verheirateter Schneider aus Kleinpaßleben, ist verhaftet worden. Er steht unter dem Verdacht, bereits mehrere Entführungen ausgeführt zu haben.

**Magdeburg.** Am Montagabend geriet auf dem Breiten Weg der Arbeiter Müllert mit einer Frau in Streit und bedrohte sie mit einer Schußwaffe. Ein Polizeibeamter, der den Vorfall beobachtete, sowie zwei weitere Polizeibeamte wurden ebenfalls bedroht. Schließlich flüchtete Müllert in seine Wohnung und bedrohte aus dem Fenster wiederum einen Polizeibeamten. Mitterweile war das Oberallkommando eingetroffen, dem es gelang, den Revolverbesitzer festzunehmen, ohne selbst verletzt zu werden. Die Polizeibeamten mußten jedoch von der Schußwaffe Gebrauch machen, wobei Müllert einen Schuß in den Unterschenkel erhielt und dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Er wird sich wegen Verlebens gegen das Schußwaffengesetz, Bedrohung usw. zu verantworten haben.

**Wiesel (Kr. Salzweide).** Die gekamte Ernte vernichtete ein Großfeuer, das von Brandstiftern gelegt wurde. Es brannten Scheune und Stallungen des Landwirts Wilmanns. Die Ernte wurde vernichtet. Die Brandstiftung erfolgte durch ein Schloß und Schloßmühle und viel landwirtschaftliches Gerät. Auch drei Schweine und gegen hundert Hühner wurden ein Opfer der Flammen. Ein Stall und das Wohnhaus konnten von den Wehrern gehalten werden. Die Landjägerei glaubt, den Brandstiftern auf der Spur zu sein.

**Haberstadt.** Am Montag nachmittag wurde das gesamte Nordharzgebiet von einem heftigen Gewitter heimgesucht. In Mahndorf waren zwei Arbeiter mit zwei Dohlen getötet. Ein Pferd wurde getötet, ein Hahn und eine Ente getötet. Ein 16-jähriger Knabe und eine 10-jährige Tochter eines der Leute, einen 16-jährigen Knaben sowie drei Hühner.

**Altenrode (Kr. Halberstadt).** Auf der Chaussee nach Magdeburg fuhr ein Viehwagen einer Firma aus Glesmarode, der den Wagen feuerte, starb bald nach seiner Einfahrt in den Krantenhaus.

**Braunschweig (Hara).** Von einem bösen Mißgeschick wurde das Gespann eines hiesigen Landwirts betroffen, mit dem der Sohn für einen Bekannten Karottensack abfahren wollte. Die Pferde stürzten plötzlich in einen Brunnen, der durch darüber geworfene Spreu verdeckt worden war. Ein Pferd, das zu retten nicht mehr erlitten, während das andere gerettet werden konnte.

**Jizopau.** Auf der Staatsstraße in Lauta hatte sich ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Chemiker Personauto und einem Fernverkehrswagen ereignet, bei dem mehrere Personen z. T. schwer verletzt wurden. Der Führer des Autos hatte sich von der Unfallstelle entfernt und vermutlich aus Verweigerung über das Unglück nicht am Abend des gleichen Tages in Jizopau von einem Zuge überfahren lassen.

**Die Güterzugentgleisung in Walltow — Schuldfrage noch unklar.**

**Güterzug entgleist.** Bei der Einfahrt in den Bahnhof Walltow entgleiste der Güterzug 8355. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht festgestellt. Die Weiche war in Ordnung, auch kein Personen sein Verfallsdatum zugeordnet werden. Der Zug hatte beim Durchfahren der Einfahrtswende der Station Walltow eine Geschwindigkeit von etwa 30 Kilometer. Hierbei sprang ein flacher Tafelwagen aus den Schienen, der erst in Nauendorf in den Zug eingeführt worden war und sich etwa in der Mitte des Zuges befand. Eine ganze Reihe der folgenden Wagen, und zwar 16, kamen infolgedessen ebenfalls zur Entgleisung. Sie schoben sich einander und wurden zum Teil schwer beschädigt. Um 23.35 Uhr konnte der eingeleitete Verkehr auf der Strecke wieder aufgenommen werden; der volle Betrieb kam jedoch erst wieder am Dienstag nachmittag in Gang.

**Das Amtsgericht Leipzig verurteilte den Redakteur der sozialdemokratischen „Gewerblichen Volkstimme“ Franzel zu 150 Mark Geldstrafe. Franzel hatte die Weichergabe eines Berichtes über die dieleipziger Eisenwerke in der Zeitung des Reichsführers Duesterberg, den er aus einer rechtsstehenden Eisenwerke Zeitung entnommen hatte, mit der Überschrift „Ein Stahlhelfer“ versehen. In seinem Kommentar hatte er noch zweimal das Wort „Lump“ gebraucht.**

## Neues aus aller Welt.

**Zur Straffase Gebrüder Starck.** Mit den Verteidigern und Vertretern der Staatsanwaltschaft Berlin fand in der Straffase gegen die Gebrüder Starck und Genossen eine Besprechung des Vorstehenden des Gerichts statt. Der Vorstehende legte den Verhandlungsplan vor und erörterte ihn mit den Verteidigern. Nach diesem Plan sollen alle Vorgänge nur einmal, dann aber auch erschöpfend behandelt werden; damit trotz der Komplexität der Materie die Ueberlieferung über den Prozessfall nicht verloren geht. Das Gericht wird befreit sein, die Verhandlung auch dann mit aller Energie durchzuführen, wenn einzelne Angeklagte verurteilungswürdig sein sollten. In der ersten Zeit wird an vier Verhandlungstagen gearbeitet werden. Die Verhandlung und Sonnabend sollen verhandlungsfrei bleiben. Die Sitzungen werden in der Regel um 9 Uhr beginnen und um 3 Uhr geschlossen werden.

**Autofahrer festgenommen.** In Berlin-Hohenschönhausen hielten einen Polizeibeamten zwei Männer auf, die an einem Auto hantierten und sich bemühten, den Wagen in Gang zu bringen. Da ihm die Männer verdächtig vorkamen, forderte er sie zur Vorweisung der Wagenpapiere auf, wobei sich herausstellte, daß der Wagen von dem Jettis Krone gestohlen worden war. Auf dem Präsidium kam dann noch heraus, daß der Täter, der den Wagen gefahren hatte, vor einiger Zeit aus einem anderen Wagen die Papiere des Besitzers gestohlen und auf dessen Namen einen Radioapparat und zwei Lautsprecher gekauft hatte. Der Mitfahrer will nicht gewußt haben, daß der Wagen gestohlen war und hat lediglich geglaubt, eine Spargelkarte mitmachen zu können.

**Räufelkäse Beschuldigung einer Mordwaffe.** Die Soldaten Polizei gibt bekannt: Am September oder im Oktober 1929 hat ein bei den Neubauten der Seidlung Grünrode bei Neubaum beschäftigter Bauhandwerker oder Arbeiter von einem dort ebenfalls beschäftigten Arbeiter ein Reperthypotekal. 765 käuflich erworben. Die Waffe war schabhaft. Der Auswerfer soll zerbrochen gewesen sein. Im Interesse der Aufklärung einer Mordkate ist die Wiederherstellung der Schußwaffe sehr erwünscht. Die entlassenen Umfassen werden erstig. Dergewöhnliche Unannehmlichkeiten oder Befragung hat der hiesige Besitzer der Pistole nicht zu gewärtigen. Er kann vielmehr mit Auszahlung einer Besoldung rechnen. Mitteilungen, die streng vertraulich behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei Kürtin entgegen.

**Normaler Ablauf des Oberbodenspiels.** Am Breslauer Bezirk verläuft das Hochwasser der Oder ohne jede Behinderung. Gefahr ist an keinem Deich vorhanden. Das Hochwasser zeigt in diesem Jahre gegenüber dem Herbstwassertage des vorigen Jahres einen etwa 30 Zentimeter niedrigeren Stand. Die Weichelmsitt wird voraussichtlich nicht in Tätigkeit treten, so daß dem Weichelmsitt der Oberwasser zugeführt werden wird. Unterhalb Kantern ist der Wasserstand um 88 Zentimeter niedriger als im November 1930 und wird voraussichtlich nur noch 20 bis 30 Zentimeter steigen. Der Scheitel der Hochwasserperiode dürfte Breslau vollständig passiert haben.

**Töblicher Unglücksfall.** Eine Kölner Stummhirn der katholischen Jugend vernichtete sich in Schwärze bei der Identität mit Speerwerfen. Hierbei wurde ein 19-jähriger Angehöriger der Stummhirn, so unglücklich von einem Speer am Unterleib getroffen, daß er bald darauf starb.

**Geräufelsturz.** In Malsdorf führte ein für Auslieferungszwecke am Märche-Damm errichtetes Gerüst ein. Dabei wurden zwei Arbeiter getötet und 13 verletzt.

**Selbstmord eines Bankiers.** In Jena führte ein der Bankier Victor Bamberger, Mithingeb des Bankhauses C. W. Stengel, Jena, das vor einigen Tagen in Zahlungsmittelmangel geraten war, freiwillig aus dem Leben geschieden. Die Prüfung der Geschäftsbücher ergab, daß alles in Ordnung war. An dem Plane, zugunsten der Gläubiger die Aktiven im Wege eines gerichtlichen Liquidationsverfahrens zu verwerten, soll festgehalten werden.

**Todesurteil gegen einen Mörder.**

**Stuttgart, 30. September.** Das Schwurgericht verurteilte den Kraftwagenführer Lachmann, der auf der Straße Duppelsbühl-Büdingen einen Autofahrer ermordet hat, zu 15 Jahren Zuchthaus, zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

**Anfeinden der Arbeitslosigkeit in England.**

**London, 30. September.** Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 21. September 2 811 615, etwa 22 500 mehr als in der Vorwoche.

## Medienburg-Strelitz muß zahlen.

**Entscheidung im Aufwertungssprozess des Fürstenhauses.**

**Rostock, 30. September.**

Am Rechtsstreit der Prinzessin Marie zur Lippe, der Prinzessin Milha von Montenegro und der früheren Großherzogin Elisabeth von Medienburg-Strelitz gegen den Freistaat Medienburg-Strelitz wegen Aufwertung ihrer Verbindungen hat das Oberlandesgericht zu Rostock nachstehendes Urteil verkündet:

Das am 3. Juni 1931 verkündete Urteil der 1. Zivilkammer des Landgerichts Rostock wird aufgehoben. Der Antrag des Beklagten, den Schadensspruch vom 30. Oktober 1930 aufzuheben, wird abgelehnt. Auf Antrag der Klägerin wird der Schadensspruch vom 30. Oktober 1930 für vollstreckbar erklärt. Hiernach hat der Freistaat Medienburg-Strelitz zu zahlen:

1. an die Prinzessin Marie zur Lippe 161 300 RM mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925;
2. an die Prinzessin Milha von Montenegro 500 000 RM mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925;
3. Betreffend der Großherzogin ist der Schadensspruch in Höhe von 1 Million RM mit 8 Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925 für vollstreckbar erklärt.

## Türnen, Spiel und Sport

**Zurnerren Aebra 1883 (D. L.)**

Wie wir bereits vorher schon antizipierten, fand am letzten Sonntag in Tümmel, „Rasteller“ die 1. Bezirkslehrturne statt. Die Beteiligung war als sehr schwach zu bezeichnen, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß z. B. die vielen mit Feldarbeiten beschäftigt sind.

Die Lehrturne wurde eingeleitet mit neuzeitlichen Frei- und Gehübungen, die bei allen Türnen und Jugendturnen mehr Freude und Abwechslung hervorgerufen als früher. Dem wurden nachher ein Red, Barren und Pferd die hauptsächlichsten Übungen gesetzt, auf die sich das Turnen aufbaut. Die bekannten und dem Laien vielleicht als leicht erscheinenden Übungen erfordern zur vorrichtsmäßigen Ausführung schon eine gewisse Fertigkeit. Gerade die leichten Übungen bilden den Grundstoff für das Turnen. Es ist eine alte Weisheit, daß man es ohne Grundübungen und Grundregeln nicht weit bringt; dies zeigt sich in aller Deutlichkeit beim Turnen.

Neue und wertvolle Anregungen hat uns die Lehrturne gebracht, die in den nächsten Turnstunden reichen Übungsstoff abgeben. Wir erwarten daher von allen Türnen, daß sie sich regelmäßig an der Turnstunden beteiligen.

Es sei ihnen jetzt darauf hingewiesen, daß die nächste Bezirkslehrturne am 11. Oktober d. Zs. in Rostock stattfindet. Weiter findet vom 31.10. bis 1.11. d. Zs. in Arent eine Gaulehrturne für den Kyffhäuser-Turngau statt, in der gleichzeitig Bezirksangelegenheiten mit erledigt werden.



# Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: bis 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenloz 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpartijaffe Nebra — Bankverein Atern.

№ 117

Donnerstag, den 1. Oktober 1931.

44. Jahrgang

## 2. Tag des Staatsbesuches.

Die französischen Minister beim Reichspräsidenten.

Berlin, 29. September.

Reichspräsident von Hindenburg nahm in seinem Arbeitszimmer den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Laval und des französischen Außenministers Briand, die von dem Botschafter Frankreichs in Berlin Francois-Poncet begleitet waren, entgegen. Der Besuch dauerte zehn Minuten.  
Vor dem Hotel Adlon und in der Wilhelmstraße hatten sich mehrere hundert Personen eingefunden. Die Abfertigungen der Polizei sind stark verringert worden. Man sah nur unter den Linden verärrtete Polizeistreifen und vor dem Reichspräsidentenpalais ein größeres Polizeiaufgebot. Um 10.45 Uhr fuhren die Minister in ihr Hotel zurück.

### Im Pergamon-Museum.

Laval und Briand sind um 11.30 Uhr in Begleitung des Reichsfanzlers und des Außenministers zum Pergamon-Museum gefahren, wo sie von Geheimrat Wegold, Geheimrat Friedländer und Professor Kühne empfangen wurden.

### Ausflug nach Gladow.

In Begleitung des Reichsfanzlers, des Außenministers, mehrerer Beamten des Auswärtigen Amtes und Herren aus der Begleitung der französischen Minister machten Laval und Briand am Nachmittag einen Ausflug nach Schloss Briningsenden bei Gladow, wo das Mittagessen eingenommen wurde. Im Anschluss hieran wurden die politischen Unterhaltungen fortgesetzt, an denen allerdings der Reichsfanzler nicht mehr beteiligen konnte, weil er auf der Substanzmstung der Spartaftasenverbände eine Rede halten mußte.

An den Verhandlungen nahm Staatssekretär von Bülow, der französische Botschafter Francois-Poncet und der deutsche Botschafter von Hoeh teil. Die Herren fahren gegen 5 Uhr nach Berlin zurück, während der Rückfahrt wurde ein Teil der inneren Stadt besichtigt, worauf die Herren in ihr Hotel zurückkehrten, wo dann um 6 Uhr abends der große Pressempfang stattfand.

## Abschluss der Besprechungen.

Eine gemeinsame Verlautbarung über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

Mit dem Empfang in der französischen Botschaft ging der Berliner Besuch der französischen Minister zu Ende. Das Ergebnis der deutsch-französischen Besprechungen ist in einem gemeinsamen Communiqué zusammengefasst, das am Montagabend den Pressevertretern bekanntgegeben wurde. Die amtliche Mitteilung enthält im wesentlichen Angaben über die Einsetzung und Funktionen des fünfköpfigen deutsch-französischen Ausschusses sowie über die Gliederung seines Arbeitsgebietes, das wirtschaftliche, finanzielle und technische Einzelheiten der Zusammenarbeit umfasst. Am einzelnen heißt es in dem Bericht:

„Die Vertreter der beiden Regierungen haben erneut ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Bemühungen zu vereinen, um Lösungen zur Allderung der Not zu finden.“

Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten verspricht. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine Kommission

nachzuden, wo die Sachlage dies erfordert. So könnte unter anderem die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schifffahrt und Luftverkehr geprüft werden.“

### Der Eindruck in Berlin.

„Das Ständekomitee ein Kristallisationskern.“

Größere Äußerung für die Zusammenarbeit.  
Von maßgebender deutscher Seite wird zu dem Communiqué betont, daß die ganzen Besprechungen von der Ueberzeugung beherrscht waren, daß es nicht nur im Interesse der beiden Länder, sondern auch im Interesse Europas und der Weltwirtschaft absolut notwendig sei, zu einer engen Zusammenarbeit zu gelangen. Dieser Notwendigkeit habe sowohl der französische Ministerpräsident als auch der Reichsfanzler nachdrücklich Ausdruck gegeben, und auch die Unterhaltung beim Reichspräsidenten sei von der gleichen Ueberzeugung beherrscht gewesen.

Nach einer eingehenden diplomatischen Vorbereitung hätten die Minister in diesen Tagen eine vertrauensvolle Aussprache geführt und gefunden. Sie sei nicht nur auf die praktische Arbeit, auf die nächsten wirtschaftlichen Fragen beschränkt gewesen, sondern habe sich auch auf die großen politischen Weltprobleme erstreckt. Auf diesem weiteren Gebiet seien Verständnisse allerdings noch nicht gefast worden, vielmehr konzentrierten sich die Besprechungen schließlich auf die Einsetzung des deutsch-französischen Ausschusses.

Das Komitee wird aus hohen Beamten der beiden Regierungen zusammengesetzt und je nach den aktuellen Aufgaben durch beruigte Vertreter der Wirtschaft ergänzt werden. An der Spitze des Komitees steht immer einer der beiden Außenminister, wenn das Komitee in Berlin tagt der deutsche, wenn es in Paris arbeitet der französische. Es wird befähigt, daß auch die Gewährschaften zu dieser Verhandlungsarbeit hinzugezogen werden sollen.

Die Aufgabe des Ausschusses ist, so meint man in deutschen Regierungskreisen, naturgemäß zunächst die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder weiter zu vertiefen. Neben den wirtschaftlichen Aufgaben könnten sich aber noch weit größere Äußerung für die deutsch-französische Zusammenarbeit überhaupt aus dem Komitee entwickeln. Hier werde ein Instrument geschaffen, das dazu dienen soll, die deutsch-französischen Beziehungen auf eine ganz andere Basis zu stellen. An diesen Kristallisationskern könne sich später vielleicht noch viel mehr anschließen.

Schließlich wird von unternichteter Seite noch betont, daß von diesem Besuch eine feste Zusammenarbeit in den Beziehungen der beiden Völker ausgeht werde. Die französischen und die deutschen Minister hätten jedenfalls beschlossen, auf diesem Wege weiter fortzuschreiten.

Zunächst wird jeht Mitte Oktober das Komitee seine Arbeiten aufnehmen.

Von unternichteter Seite wird befähigt, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit sich auch auf die koloniale Gebiete erstrecken soll. Darüber sei in den Berliner Unterhaltungen bereits sehr eingehend verhandelt worden. Die Prüfung in einzelnen wird Aufgabe des Ausschusses sein.

## Paris ist zufrieden.

Günstige Aufnahme der Berliner Besprechungen.

Paris, 30. September.

Der aus den Berliner Verhandlungen von der Pariser Presse gewonnene Eindruck ist, daß eine für die Verständigungsarbeit günstige Atmosphäre geschaffen wurde. Die offizielle Antündigung über die Schaffung eines ständigen deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses findet gute Aufnahme.

Man will die Bedeutung einer derartigen Organisation nicht übertreiben, da die politischen Fragen ihrem Aufgabenkreis entzogen sind, aber auch nicht unterschätzen. Sämtliche Blätter kündigen an, daß Ministerpräsident Laval die französischen Kommissionenmitglieder spätestens in zehn Tagen ernannt haben werde. Der Besuch der französischen Minister bei Reichspräsident von Hindenburg wird als Zeichen der Entspannung besonders hervorgehoben.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas erklärt, der Berliner Besuch der französischen Minister werde ein wichtiges Ereignis darstellen, nicht nur, weil er mit einer Erhöhung freiwilliger Handelszölle, die zwischen den beiden Regierungen nur zu lange gedauert habe, bricht, sondern auch, weil er sicher in Zukunft die Beziehungen zwischen beiden Ländern erleichtern dürfte. Er stelle eine neue Etappe auf dem Wege der Annäherung dar.

Der Empfang des französischen Ministerpräsidenten und des Außenministers bei Reichspräsident von Hindenburg werde von ganz Deutschland in diesem Sinne aufgefaßt werden, da Marshall Hindenburg das Einheitsymbol sämtlicher Deutschen ist.

Diese Initiative sei der Ausgangspunkt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, und ganz Frankreich wünsche einmütig ihren Erfolg, namentlich, wenn sie den Weg für die politische Verständigung vorbereiten sollte, die letzten Endes für beide Nachbarvölker nur für die gesamte Welt unerlässlich sei.

Selbstverständlich werde die eingeleitete Kommission nicht die Reparations- und Kreditfragen zu behandeln haben, da diese Probleme nicht nur Frankreich und Deutschland an-

gingen. Ihre Prüfung werde weiter Sache der Regierungen sein.

## Keine politischen Erörterungen.

Berlin, 30. September.

Von unternichteter Seite wird über die bei den Besprechungen mit Laval und Briand erfolgte Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses mitgeteilt, daß die Organisation dieses Ausschusses in einzelnen noch nicht festgelegt worden ist. Wenn in einem Teil der Presse Nam genannt werden, so können diese Namen nicht als authentisch bezeichnet werden. Auch in materieller Hinsicht sind in der Presse teilweise unrichtige Darstellungen über das deutsch-französische Wirtschaftsausschüsse und die vorbereiteten Besprechungen im Ablauf.

Bei den Besprechungen sind politische Fragen völlig ausgeschlossen gewesen. Auch die Reparationsfrage ist nicht erörtert worden, ebenso wenig die Frage der Zulieferung.

## Die Flucht vor dem Gold.

Stockholm, 29. September.

Die Regierung hat auf Antrag der Reichsbank und im Einverständnis mit der Reichshandelsverwaltung der Reichsbank die Genehmigung erteilt, für die Zeit vom 28. September bis 30. November den Goldstand zu suspendieren. Wenn die Verhältnisse es erlauben, kann die Bank schon früher zur Goldparität zurückkehren.

Die norwegische und die dänische Regierung haben die vorübergehende Aufhebung des Goldstandards verfügt und die Ausfuhr von Gold verboten.

Kopenhagen, 30. September.

Ministerpräsident Stanning hat folgende Erklärung über die Währungsverhandlungen der Regierung abgegeben. Nachdem die Reichsbank und die Regierungen von Schweden und Norwegen am Sonntagabend beschließen hatten, die Pflicht der Einlösung der Goldscheine mit Gold aufzuheben, war es einleuchtend, daß Dänemark keine Währungsreform nicht in der Richtung forschen konnte, die in den ersten Tagen nach den Ereignissen in London einzuschlagen war.

Die Nationalbank richtete ein Eruchen an die Regierung, von der Befähigung der Goldbeinlösung bereit zu werden. Die Regierung hat beschließen, vorzuschlagen, daß dem Wunsch der Nationalbank durch ein besonderes Gesetz entgegengetreten wird.

Die Gesetzesvorlage ist dem Reichstag vorgelegt und genehmigt worden.

## „Es gibt keine Inflation!“

Bräning auf der Tagung des Spartaftasenverbandes.

Berlin, 29. September.

Auf der Tagung des Spartaftasenverbandes hielt Reichsfanzler Dr. Brüning eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Währung

muß in Deutschland unerleert erhalten bleiben. Kein Volk, das, wie das deutsche, das fürchterliche Erleben einer solchen Inflation über sich ergehen lassen mußte, wird es erneut ertragen können, wenn in den Zeiten größter Unsicherheit und Angst erneut dem Vertrauen auf den Bestand von Sparvermögen und Ersparnissen ein Stoß verleiht würde. Die Regierung wird darum im Verein mit dem Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestand zu schützen.

Ein armes Land muß billig sein.

Wenn es gelingt, Ansprüche und Preise in dieser Richtung zu orientieren, dann werden auf solcher Basis Wirlungen erzielt, wie sie durch eine Verschlechterung des Währungswertes nur vorübergehend möglich wären.

Die eingeleiteten Regierungsmaßnahmen lassen erkennen, daß eine jede den Interessen der Sparte unterbrechende Verwicklung zwischen den öffentlichen Finanzen und den Spartaftasen ausgeschlossen bleiben soll. Wenn von Zeit zu Zeit Gerüchte aufstehen, daß Spartaftasen beschlagnahmt würden, so sind sie völlig unbegründet.

Strikte Aufrechterhaltung der Goldwährung.

Im weiteren Verlauf der Substanzmstung der Sparte kassen unternichtiger Reichsbankpräsident Dr. Lützer nochmals die Ausführungen des Reichsfanzlers, wobei er ausführte: „eine kontrollierte Inflation kann es für Deutschland nicht geben, und deshalb werde ich es weit von mir, durch Inflation den deutschen Sparvermögen um sein Kapital zu bringen.“ Da Deutschland dem Ausland ferner vornehmend auf der Gold- oder Dollarbasis verhandelt sei, würde uns eine Umwertung der Mark keine Erleichterung, sondern gerade eine Erhöhung des Schuldendienstes bringen. Das Festhalten an der Goldwährung bewahre Deutschland vor unübersehbaren Schwierigkeiten und stärke den Kredit.

## Der Weg zur Gesundung.

Forderungen der deutschen Wirtschaft.

Berlin, 30. September.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat gemeinsam mit den übrigen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft dem Reichsfanzler und Reichsministern, den